

Meinung

Mobilität Verbietet Uber!

JOCHEN KNOBLACH

Eigentlich macht Uber einen sympathischen Eindruck. Jedenfalls dann, wenn man ausblendet, dass das Unternehmen drauf und dran ist, das klassische Taxigewerbe plattzumachen. Aber hey, die haben schicke Autos, sind fix da, wenn man sie braucht, und dann gibt es auch noch einen Festpreis, der den von Taxis meist unterbietet. Aber zuweilen verwischt die Schminke, und man kann doch mal kurz hinter die Kulissen des Taxis-Unternehmens blicken, das keine Autos hat, sondern Arbeit gegen Provision an weitgehend rechtlose und in jedem Fall unterirdisch bezahlte Tagelöhner mit Personenbeförderungsschein vermittelt.

Es ist ein Geschäftsmodell, das wenigstens rätselhaft erscheint. Denn wenn ein Taxifahrer, der von seinem Umsatz pro Fahrt sieben Prozent Mehrwertsteuer und vielleicht noch eine Vermittlungsgebühr in gleicher Höhe zahlen muss, schon nur schwer über die Runden kommt, wie soll es dann ein Uber-Fahrer schaffen, für den der Mehrwertsteuersatz 19 Prozent beträgt, und er darüber hinaus 25 Prozent Provision an Uber zu zahlen hat? Aber für irgendjemand muss es sich lohnen. Jedenfalls gibt es in dieser Stadt heute 2000 Mitwagenkonzessionen mehr als vor zwei Jahren, aber 1600 Taxis weniger.

Und nun sollen die Fahrer auch noch nur die von Uber vermittelten Aufträge annehmen dürfen. Wer sich auch von dem neuen Anbieter Bolt vermitteln ließ, dem sperrte Uber den Account, sagen Fahrer und sprechen von Erpressung. Natürlich ist das rechtswidrig. Wild West an der Spree. Über hinter den Kulissen. Dort verspricht man nun gelassen, die Vorwürfe zu untersuchen und wird doch weitermachen wie bisher, weil man es kann und zugleich weiß, dass kaum jemand das Unternehmen daran hindern wird. Das macht Uber nicht nur ziemlich unsympathisch. Uber gehört verboten.

Enteignungen

Die gespaltene Stadt

ELMAR SCHÜTZE

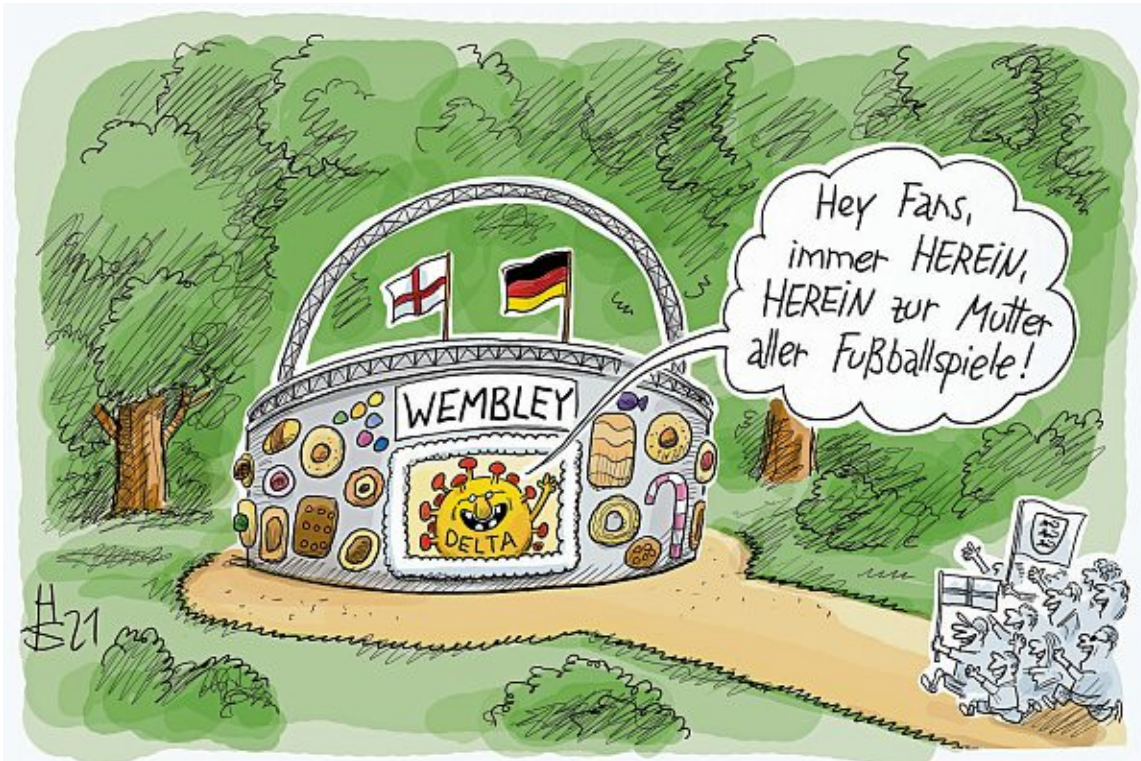
Genau 343.591 Unterschriften wurden in den vergangenen vier Monaten für einen Vorschlag gesammelt, der Berlin seit mehr als einem Jahr in Atem hält: Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ hat die entscheidende Hürde überwunden, aus dem Volksbegehren einen Volksentscheid zu machen.

Mit großer Sicherheit werden also alle wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner beim Wahltag am 26. September gleich sechs Kreuze machen dürfen: zwei für die Bundestagswahl, zwei für die Abgeordnetenhauswahl, eine Stimme für die Wahl zur Bezirksversammlungsversammlung und eine Stimme zur Frage Enteignung: Ja oder nein?

Wie nur wenige Themen steht Enteignung für eine knallharte ideologische Auseinandersetzung rund um die soziale Frage Nummer eins im mehrheitlich linken Berlin: Wie kann es gelingen, ausreichend günstige Wohnungen bereitzustellen, damit die Stadt nicht zu einem Reichen-Ghetto à la München oder London wird? Wie kann die international attraktive Metropole Berlin bezahlbar bleiben?

Schon die Spanne, wie teuer die bei einer Enteignung anstehende Entschädigung der Konzerne für das Land werden würde, schwankt enorm. Während die Befürworter von 10 Milliarden Euro ausgehen, sprechen Kritiker von 36 Milliarden. Enteignung ist ein Kampfbegriff, Milliardensummen werden da schnell zum Mittel des politischen Kampfes. Kein Wunder, dass der Sprecher der Initiative mit „einem schmutzigen Wahlkampf gegen uns“ rechnet.

Zuverlässig reagierte der Berliner CDU-Chef Kai Wegner: Notwendig sei ein Neustart in der Wohnungspolitik. Dazu würden „Enteignungsfantasien von vorgestern“ nicht passen. Und das ist nur eine kleine Vorschau auf das, was an Auseinandersetzungen noch kommen wird.



Das mutierte Lebkuchenhaus

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Pandemie

Es war nicht alles schlecht



JENS BLANKENAGEL

Diese kleine Szene ist typisch für die Prägungen der vergangenen Monate. Bestes Wetter in der Wühlheide, einem beliebten Ausflugsziel. Zwei etwa fünfjährige Mädchen rennen über eine Wiese. Ihre Eltern liegen auf einer Decke. Alle sind entspannt, sogar die Spaziergänger und Radler auf dem Weg. Nach Monaten der Pandemie-Pause fährt auch wieder die Parkeisenbahn: Schnaufend kommt sie näher, dann ertönt das Pfeifen der Dampflok. Beim ersten Mal bleiben die Kinder wie angewurzelt stehen. Beim zweiten Signal rennt ein Mädchen zu den Eltern, das andere duckt sich und fängt an zu weinen. Sie haben Angst. Sie haben vergessen, wie laut die Welt sein kann. Eine Frau schaut zu dem weinenden Kind und zum lärmenden Zug. Sie sagt: „Es war nicht alles schlecht an Corona.“

Die Pandemie – mit ihren allseits bekannten Höhen und Tiefen – ist noch nicht vorbei, aber vorerst ist für Corona und für uns Sommerpause. Zeit für eine erste Bilanz, Zeit für einen Nachruf auf Corona.

Ein Nachruf soll ehrlich sein, aber das Gute hervorheben. Das fällt nicht leicht bei Corona. Diese Zeit war geprägt von großen und kleinen Dramen, es gab viele Kranke und viel zu viele unnötige Tote, etwa in Heimen. Der Alltag aller hat sich schlagartig verändert – ohne dass ein Krieg ausgebrochen ist. Die Routinen unseres bisherigen Lebens waren nicht mehr viel wert, die üblichen Vergnügungen und Ausschweifungen fielen aus. Die Notbremse war gezogen. Der Hyperkapitalismus konnte sich nicht weiterdrehen, die großen Debatten über den Klimawandel verstummten, der politische Extremismus feierte vorerst keine neuen Höhenflüge.

Eine Welt im Leerlauf, eine Welt im Stillstand. Doch nun schwingt sich das Leben zu neuen Höhen auf. Zwar sorgen ansteckendere Varianten mancherorts wieder für mehr nachgewiesene Fälle, aber die Zahl der Krankenhausweisungen schnellert nicht in die Höhe und auch nicht die Zahl der Todesfälle.

In Deutschland ist eine neue Entspannung zu erleben. Als ich meine Frau fragte, was sie von der Pandemie vermissen werde, sagt sie: „Nichts natürlich.“ Keine zwei Sekunden später sagt sie: „Dass die meisten von uns einen gemeinsamen Feind hatten.“ Aber eben nur die meisten. Es gibt eine beachtliche Minderheit, die anders denkt und dabei laut ist; es gibt viele, die sich nicht gehört fühlen mit ihren Sorgen und Existenzängsten.

Corona hat die Gesellschaft gespalten, hat Freundeskreise zertrümmert, weil sich die Freunde nicht einigen konnten, wer recht hat im Wirrwarr der neuen Erkenntnisse. Dabei ging es meist um Politik, und wenn sich Freunde wegen auseinanderdriftender politischer Ansichten entzweiten und keine Brücken mehr bauen wollen, bröckelte die Freundschaft sicher schon davor und bekam nun den Todesstoß. So etwas haben wohl

alle erlebt. Aber eben auch neue Freundschaften: mit Nachbarn, die anderen helfen, nicht nur beim Einkauf, auch beim Beaufsichtigen der Kinder oder Großeltern. Gut so.

Die neuen Abstandsregeln sorgen dafür, dass Kinder viel seltener Schnupfen haben. Auch gut. Andere freuten sich, als sie die Fernsehbilder von Delfinen im touristenfreien Venedig sahen, wieder andere entdecken ihre Heimat als Urlaubsland. Die einen müssen nun auf teure Dienstflüge verzichten, andere haben schon für die Zeit nach Corona mehr Telearbeit beantragt, um mehr zu Hause zu arbeiten. Viele sind nun zwar noch abhängiger vom Handy, manche gehen nun aber mit ihrer Gesundheits-App jeden Tag 10.000 Schritte, um den Corona-Bauch loszuwerden. Und sehr viele genossen die große Stille.

Beim Lockern gibt es nun eine große Ernsthaftigkeit im Umgang mit der neuen Leichtigkeit. Früher überließen es viele dem Zufall, was sie in ihrer Freizeit machen. Nun, da alle erlebt haben, wie sehr sie die schönen Dingen vermissen, planen viele genau, was sie mit wem erleben wollen. In unseren Kiez kamen neulich drei Rentnerpärchen geredelt mit Picknickkorb und einem Tisch, auf den sie Weinflaschen stellten. Sie hatten einen perfekten Platz gefunden, um Boccia zu spielen. Sie ließen die Kugeln über den Sand kullern, lachten und prosteten sich zu. Sie waren hochkonzentriert dabei, ihre neuen Freiheiten auszukosten.

Die alte Leichtigkeit ist weg, besser gesagt: noch nicht wieder da. Aber irgendwann kommt die Zeit des Ach-weißt-du-noch. Dann werden sich viele hoffentlich nicht nur an die Ängste und Sorgen erinnern, sondern auch daran, wie sehr sie doch vieles vermisst haben und dass es manchmal sehr schön still war. Es war nicht alles schlecht an Corona.



JETZT HÖREN AUF
BERLINER-ZEITUNG.DE

Kolumne

Wenn der Deutsche durchdreht

MIRAY CALISKAN

arbeit und Kindererziehung und der Wille meiner Mama, neue (deutsche) Freunde kennenzulernen, schwand. Heute kann meine Mama sagen, wie sie heißt, wo sie wohnt, und mit viel Mühe ihre Festnetznummer diktieren. Der häufigste Satz, den sie verwendet, lautet: „Ich weiß nicht.“

Natürlich wird es manchen Menschen sehr leichtfallen, meine Mutter für ihre sprachliche „Unfähigkeit“ fertigzumachen, ihr Integrationsverweigerung vorzuwerfen, ihr „Wir leben in Deutschland“ ins Gesicht zu brüllen. Wenn es um Migration geht, löst sich das letzte bisschen Toleranz vieler Menschen auf. Migration führt oft zu einer seltsamen, irrationalen Verblendung.

Die Leute interessiert es nicht, was der Umstand, dass meine Mutter kein Deutsch kann, in ihr auslöst----- Ein mächtiges Gefühl von Scham und Hilflosigkeit. Meine Mama ist fast 70 Jahre alt, aber sie ist noch heute auf ihre Mitmenschen angewiesen, als sei sie erst sieben. Sie kann nicht allein zum Arzt gehen zum Beispiel. Also muss sie jemand zur Schmerztherapie oder Endokrinologie begleiten, der Deutsch kann, wie meine Schwester oder ich. Sie kann nicht allein zum Bürgerdienst, nicht allein zur Krankenkasse. Sie schafft es gerade so, Kleidungsstücke umzutauschen. Mein Papa erledigte die meisten Dinge für sie. Kurz nach seinem Tod blickte sie mich an und fragte: „Was soll ich nur tun, wie kann ich nun leben?“

Über diese Hilflosigkeit, die meine türkische Mama in Deutschland zum ersten Mal kennenlernte und die gewiss nicht nur sie verspürt, spricht keiner. Interessiert ja auch niemanden, denn es ist so viel einfacher, Menschen einen Vorwurf zu machen, als ihnen entgegenzukommen, tolerant zu sein und eben nicht als Ärztin oder Beamter genervt die Augen zu verdrehen, wenn eine Person mit Migrationshintergrund ein bisschen länger nach dem passenden Verb, Adjektiv oder Substantiv im Kopf suchen muss. Einen Menschen nicht gehässig auszulachen, nur weil er den falschen Artikel benutzt hat. Nicht eindringlich zu korrigieren, nur weil er etwas falsch ausgesprochen hat.

Zitat

„Wie können wir den Schaden abwenden oder zumindest einhegen, der entstehen könnte, wenn Präsident Putin die Pipeline missbraucht – und genau darüber reden wir im Moment mit Deutschland.“

Antony Blinken, US-Außenminister, im Spiegel-Interview über Nord Stream 2

Auslese

EU gegen Putin

Deutschland und Frankreich sind mit ihrem Vorstoß für ein EU-Spitzentreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gescheitert. Dazu meint die *Neue Zürcher Zeitung*: „Irritierend ist nicht in erster Linie der Vorstoß an sich. Die Diskussion darüber, unter welchen Bedingungen ein Gipfeltreffen mit Putin wünschbar ist, kann durchaus geführt werden. Und man kann in guten Treuen verschiedener Meinung sein, ob, wann und in welcher Besetzung die EU sich mit Putin treffen soll – allerdings ist punktuelle Kooperation mit dem Kreml auch ohne das Gipfel-Brimborium möglich. Was viele Staats- und Regierungschefs dagegen regelrecht erbose, ist die Überrumpelungstaktik des deutsch-französischen Duos.“

Die *Passauer Neue Presse* schreibt: „Völlig folgenlos muss der deutsch-französische Vorstoß dennoch nicht bleiben. Durch die nachvollziehbare Widerborstigkeit der Osteuropäer weiß der Kreml nun, dass es neue Dialog-Angebote ohne Gegenleistungen nicht geben wird. Wenn Putin die ausgestreckte Hand Europas wünscht, dann muss er etwas dafür tun.“

Auf die Schwäche der Achse Berlin-Paris zielt die *Frankfurter Rundschau*: „Es zeigt auch, dass die Zuppferde der EU offenbar nicht mehr die Durchschlagskraft haben, die ihnen früher zugeschrieben worden ist. Es ging ja nicht darum, Putin Absolution zu erteilen, sondern darum, in ein Gesprächsformat auf Chefebene zurückzukehren. Mit dem Nein zu neuen Chefgesprächen und dem Ja zu neuen Strafmaßnahmen hat Brüssel klare Kante gezeigt.“ (Joe.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier
Textchefin: Bettina Cossack (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller

Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz

Resorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt

News: Philippa Debonno

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.

Chef Print: Ingo Preißer

Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedge

Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse

Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:

Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstz.), Tobias Müller, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Vorlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstz.), Holger Friedrich

Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,

Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich

Am Wasserturm 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice Ab: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätiglich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Ab der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht

kein Lieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird

keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-

gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.